

## Medienmitteilung

Thema	<b>Parolefassungen der Grünliberalen Basel-Stadt für die Abstimmungen vom 22. September 2013.</b>
Für Rückfragen	David Wüest-Rudin, Präsident, Tel. 079 517 21 17
Absender	Grünliberale Partei Basel-Stadt, Tel. 061 261 17 12, Postfach, 4001 Basel <a href="mailto:bs@grunliberale.ch">bs@grunliberale.ch</a> <a href="http://www.bs.grunliberale.ch">www.bs.grunliberale.ch</a>
Datum	21. August 2013

Die Grünliberalen Basel-Stadt haben an ihrer Mitgliederversammlung vom 20. August 2013 die Parolen zu den nationalen sowie kantonalen Abstimmungen vom 22. September 2013 gefasst. Ein deutliches Ja gab es zur Revision des Arbeitsgesetzes sowie zum Epidemienengesetz. Klar abgelehnt wurde die Initiative «Bezahlbares und sicheres wohnen für alle!». Deren Gegenvorschlag haben die Grünliberalen hingegen einstimmig angenommen. Ein Nein gab es auch für die Initiative «Gebührenfreies und faires Mietverfahren für alle!». Bei den Initiativen «CentralParkBasel» und «Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht» entschieden sich die Grünliberalen jeweils zur Stimmfreigabe.

### **Einstimmiges Nein zur Initiative «Bezahlbares und sicheres Wohnen für alle!» und einstimmiges Ja zum diesbezüglichen Gegenvorschlag des Grossen Rates vom 5. Juni 2013**

Der umfassende staatsdirigistische Eingriff in den Wohnungsmarkt, wie ihn die Initiative mit verschärftem Abbruchgesetz, staatlichem Wohnungsbau und Banlieu-Sonderzonen vorsieht, wurde mit Unverständnis und deutlicher Ablehnung von den Mitgliedern quittiert. Eine solche Politik führe in Staatsbürokratie, zu wenig, sanierungsbedürftigem und nicht bedarfsgerechtem Wohnungsbestand. Gewisse Anliegen der Initiative sind zudem heute schon erfüllt: Es besteht bereits ein auch im interkantonalen Vergleich stark ausgebautes System von Mietzinszuschüssen an Familien und Kinder. Das Problem des knappen Wohnungsangebots und von hohen Mieten wurde jedoch anerkannt. Die Grünliberalen wollen mittelständische Familien im Kanton Basel-Stadt halten können. Sie sehen aber klar die Lösung im Weg, den der Gegenvorschlag vorzeichnet: Mehr Freiheiten für Um- und Neubau, Förderung von Genossenschaften, gezielter Ausbau der Subjekthilfe.

### **Stimmfreigabe zum «Central Park»**

Zur Initiative des Central Park waren sich die Grünliberalen nicht einig. Die Mitglieder standen vor einem Dilemma: Die Befürworter betonten, wie wichtig die Vision eines solchen Parks sei und dass Infrastrukturflächen grundsätzlich überbaut und der Bevölkerung zur Nutzung zugänglich gemacht werden sollen (wie z.B. Untertunnelung Osttangente). Mit einem Nein würde man solche visionären Planungen und Projekte abwürgen. Man solle nun ernsthaft prüfen, ob ein solcher Park in der einen oder anderen Form nicht doch realisierbar wäre. Die vehementen Gegner führten ins Feld, dass das Projekt in der Form völlig unsinnig sei: Der entstehende Grünraum sei viel zu teuer, die SBB als Eigentümerin des Bodens wollen auf keinen Fall den Park realisieren, er behindere tatsächlich die Weiterentwicklung des ÖV (z.B. Herzstück) und er sei technisch praktisch nicht realisierbar. So sei der vorgesehene Ausgang beim Elsässertor ein Zugang für den Logistikumschlag und es müssten dort 8 Meter Höhenunterschied überwunden werden, das sei nicht vereinbar.

Die Mitglieder waren sich grossmehrheitlich einig, dass Infrastrukturflächen überbaut werden sollen und politisch ein entsprechendes Signal gesendet werden soll (Ja), dieses konkrete Projekt aber nicht realisierbar scheint (Nein). Die Abstimmung zeigte denn auch eine hauchdünne Mehrheit von einer Stimme gegen den Central Park bei drei Enthaltungen. Die Parole der Stimmfreigabe wurde mit einer hauchdünnen Mehrheit von einer Stimme gefasst.